

Rede von Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer anlässlich des Gedenkens an die Opfer des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 2024

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bovenschulte,
sehr geehrte Frau Blum,
sehr geehrte Senator:innen,
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Heute vor 79 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Der heutige 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Es ist ein Tag, an dem wir erinnern: Wir erinnern an die Zeit der NS-Herrschaft. Wir erinnern an das Leid, das diese Herrschaft über ganz Europa gebracht hat. Wir erinnern an die Verbrechen, die in dieser Zeit von Deutschland ausgingen.

Wir erinnern aber vor allem an die Opfer: Wir erinnern an die vielen Millionen Jüd:innen, die systematisch ermordet worden sind. Wir erinnern an all die anderen Verfolgten und Opfer dieser mörderischen Ideologie, an Sinti und Roma etwa, an Homosexuelle, an politisch anders Denkende, an all jene, die von den Nationalsozialisten als minderwertig eingestuft wurden. Wir erinnern an die vielen Millionen Opfer des Krieges, den Deutschland über Europa gebracht hat. Und gerade hier, am Denkort Bunker Valentin, erinnern wir an die Zwangsarbeiter:innen und an die Kriegsgefangenen, die hier unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten und dies oft nicht überlebt haben.

Meine Damen und Herren,
Deutschland hat in dieser Zeit eine unermessliche Schuld auf sich geladen. Es ist unsere Pflicht, immer wieder daran zu erinnern. Und es ist unsere historische Verantwortung dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht.

„Nie wieder“ – das ist die Losung unter der wir auf die Zeit des Nationalsozialismus zurückblicken müssen. „Nie wieder“ heißt, Verantwortung zu übernehmen, für die Vergangenheit, für die Gegenwart und für die Zukunft. „Nie wieder“ heißt, Hass und Gewalt etwas entgegenzusetzen. „Nie wieder“ heißt Freiheit und Demokratie zu verteidigen. „Nie wieder“ heißt, all jenen entgegenzutreten, die meinen Menschen in Kategorien einteilen zu können. Die finden, eine bestimmte Gruppe Menschen sei, aus welchen Gründen auch immer, weniger wert. Die rassistische Unterscheidungen vornehmen.

„Nie wieder ist jetzt“. Das haben wir im Januar an vielen Stellen gehört und gelesen. Dieses „Nie wieder“, das für unsere Verantwortung steht, hat eine erschreckende Aktualität bekommen, als ein Treffen von Rechtsextremen, Politikern und Unternehmern bekannt wurde. Ein Treffen, in dem laut einem Medienbericht ganz offen über die millionenfache Vertreibung aus Deutschland gesprochen wurde – auch deutscher Staatsbürger:innen.

Meine Damen und Herren,

Es ist schockierend mit welcher Offenheit diese Pläne diskutiert worden sind. Es ist schockierend, dass Vertreter einer Partei an diesem Treffen teilgenommen haben, die in aktuellen Umfragen bei der Sonntagsfrage auf Bundesebene auf dem zweiten Platz liegt und in manchen Bundesländern sogar auf dem ersten. Dass es offenbar eine so große Zahl an Wähler:innen gibt, die diese menschenverachtenden Positionen unterstützt – oder der zumindest egal ist, dass sie einer Partei ihre Stimme gibt, die diese unterstützt. Es ist schockierend, mit welcher Selbstverständlichkeit die Einteilung von Menschen in Kategorien die Grundlage dieser Überlegungen ist – und dass Unterscheidungen gemacht werden zwischen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Das hat nicht nur mich schockiert, sondern auch viele andere Menschen in diesem Land. Millionen von ihnen haben sich zu Demonstrationen versammelt, etwa 45.000 waren es allein bei der ersten Demonstration in Bremen. Sie stand unter dem Motto „Laut gegen Rechts“ – und genau das wollten die Menschen: Laut sein. Aufstehen gegen Rechtsextremismus. Gegen Hass. Gegen Menschenfeindlichkeit. Viele Menschen – auch jene, die sonst vielleicht nicht zu Demonstrationen gehen – wollten zeigen, dass all die, die eine massenhafte Abschiebung planen und das beschönigend Remigration nennen, nicht die Mehrheit sind. Im Gegenteil. Sie wollten ein Zeichen setzen und sie haben ein Zeichen gesetzt – weil sie gemerkt haben, dass dieses Zeichen dringend nötig ist.

Wir haben heute mit Frau Blum als Gast eine der Organisator:innen dieser Demonstration eingeladen. Und das halte ich für ein richtiges Zeichen. Denn die Berichte von Anfang des Jahres haben gezeigt, dass wir uns heute nicht nur an etwas erinnern, das in der Vergangenheit liegt. Sondern auch an etwas, das uns in der Zukunft droht, wenn wir nicht wachsam sind.

Wir sind mehr denn je aufgefordert unser Wertesystem zu verteidigen, unser Zusammenleben, in dem jede und jeder ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft ist. Wir sind mehr denn je aufgefordert, unsere Freiheit, die Freiheit jedes einzelnen zu verteidigen. Wir sind mehr denn je aufgefordert, die Demokratie zu verteidigen.

Und die Vorfälle am Wochenende haben uns erschreckend deutlich gezeigt, wie sehr diese bedroht ist. Dass Menschen, die einfach nur Wahlplakate aufgehängt haben, angegriffen worden sind, dass Matthias Ecke dabei ins Krankenhaus geprügelt und schwer verletzt worden ist, muss uns alle alarmieren. Gewalt ist inakzeptabel. Immer. Und die Ereignisse vom Wochenende gehen weit über die konkreten Fälle hinaus. Denn sie schaffen ein Klima der Einschüchterung, ein Klima der Angst. Ein Klima, in dem Menschen sich fragen, ob sie sich noch politisch engagieren sollen. Ob sie sich dadurch in Gefahr begeben. Ob es das wert ist.

Und das ist gefährlich. Denn wir dürfen keine Situation akzeptieren, in der es Mut erfordert, seine politische Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wir dürfen das Kalkül hinter diesen Angriffen nicht akzeptieren: Dass Menschen eingeschüchtert werden und sich zurückziehen. Dass das Recht des Stärkeren oder zumindest des Aggressiveren sich durchsetzt. Wohin dies führen kann – daran erinnern wir an diesem Tag. Es führt in die Katastrophe.

Meine Damen und Herren,
wir haben an den Berichten im Januar, aber auch am vergangenen Wochenende gesehen, dass die Gefahr, die unsere Demokratie und unsere Freiheit bedroht, nicht abstrakt, sondern konkret ist. Dass man sie nicht mehr ignorieren oder abtun kann. Dass man nicht darauf hoffen darf, dass es schon nicht soweit kommen wird.

Mir macht Hoffnung, dass so viele Menschen Anfang des Jahres dagegen ein Zeichen gesetzt haben. Dass sie laut waren. Dass sie gezeigt haben, dass sie die Mehrheit in diesem Land sind.

Der heutige Tag erinnert uns an unsere Pflicht, die Worte „Nie Wieder!“ mit Leben zu füllen. Und gerade in diesem Jahr ist es wichtig zu betonen: „Nie wieder ist jetzt!“